



DIE EUROPÄISCHE
UNION ERKLÄRT

Wachstum
für eine
Zukunft mit
zahlreichen
Arbeitsplätzen

Europa 2020: Europas Wachstums- strategie

Europas Beitrag muss in Richtung einer zunehmend engeren und stärkeren Stabilitäts- und Wachstumsunion gehen.

DIE EUROPÄISCHE UNION ERKLÄRT

Diese Veröffentlichung ist Teil einer Schriftenreihe, in deren Rahmen die Aktivitäten der EU in unterschiedlichen Politikfeldern, die Gründe und die Ergebnisse ihrer Tätigkeit erläutert werden.

Sie können die Veröffentlichungen der Reihe hier herunterladen:

http://europa.eu/pol/index_de.htm

<http://europa.eu/lqf86pN>

So funktioniert die Europäische Union
Europa in 12 Lektionen
Europa 2020: Europas Wachstumsstrategie ✕
Die Gründerväter der EU

Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport
Außen- und Sicherheitspolitik
Banken und Finanzen
Beschäftigung und Soziales
Betrugsbekämpfung
Binnenmarkt
Digitale Agenda
Energie
Erweiterung
Forschung und Innovation
Gesundheitswesen
Grenzen und Sicherheit
Handel
Haushalt
Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz
Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung
Justiz, Grundrechte und Gleichstellung
Klimaschutz
Kultur und audiovisuelle Medien
Landwirtschaft
Lebensmittelsicherheit
Meerespolitik und Fischerei
Migrations- und Asylpolitik
Regionalpolitik
Steuern
Umwelt
Unternehmen
Verbraucher
Verkehr
Wettbewerb
Wirtschafts- und Währungsunion und der Euro
Zoll

INHALT

Warum brauchen wir die Wachstumsstrategie Europa 2020? Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit	3
Welchen Ansatz verfolgt die EU? Koordinierung und finanzielle Unterstützung	5
Errungenschaften der EU Zielgerichtete Initiativen	8
Zukunftsperspektiven Arbeitsplätze und integratives Wachstum	12
Mehr zum Thema	12

Die Europäische Union erklärt: Europa 2020: Europas Wachstumsstrategie

Europäische Kommission
Generaldirektion Kommunikation
Veröffentlichungen
1049 Brüssel
BELGIEN

Manuskript aktualisiert im November 2014

Titelfoto und Foto auf Seite 2: © Phovoir

12 S. – 21 × 29,7 cm
ISBN 978-92-79-41436-7
doi:10.2775/2215

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2015

© Europäische Union, 2015
Nachdruck gestattet. Für die Verwendung oder Reproduktion einzelner Fotos muss die Genehmigung direkt beim Urheberrechtsinhaber eingeholt werden.

Warum brauchen wir die Wachstumsstrategie Europa 2020?

Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit

Genau wie zahlreiche andere Regionen weltweit befindet sich Europa derzeit in einer Übergangsphase. Die Krise hat Jahre des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts zunichtegemacht und die strukturellen Schwächen der europäischen Wirtschaft aufgedeckt. Inzwischen nehmen die verschiedenen langfristigen Auswirkungen der Globalisierung, die Verknappung der natürlichen Rohstoffe und die Überalterung der Bevölkerung noch zu. Um uns den veränderten Gegebenheiten anzupassen, können wir in Europa nicht einfach so weitermachen wie bisher.

Die in der Krise zutage gekommenen strukturellen Schwächen der europäischen Wirtschaft können nur durch strukturelle Reformen behoben werden: Reformen, die zwar von den Mitgliedstaaten getragen werden, jedoch auf europäischen Errungenschaften beruhen wie dem Binnenmarkt, der gemeinsamen Handelspolitik und anderen EU-Strategien. Wenn wir das Modell der europäischen sozialen Marktwirtschaft vor dem Hintergrund des aktuell ungünstigen wirtschaftlichen Klimas erhalten wollen, muss Europa wettbewerbsfähiger werden.

2010 haben die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten eine Strategie für nachhaltiges Wachstum für das kommende Jahrzehnt entwickelt: die Strategie Europa 2020. Sie erfasst sowohl die aus der Krise erwachsenen kurzfristigen Herausforderungen als auch den Bedarf an strukturellen Reformen, und zwar mittels wachstumsfördernder Maßnahmen, die die europäische Wirtschaft zukunftsfähig machen.

EU-Strategien sollen bis 2020 75 % der arbeitsfähigen Bevölkerung in ein Beschäftigungsverhältnis bringen.



© Corbis

Ziele und Leitinitiativen

Die EU hat sich fünf ehrgeizige Ziele gesetzt – in den Bereichen Beschäftigung, Innovation, Bildung, soziale Integration und Klimaschutz/Energie. Bis zum Jahr 2020 soll konkret Folgendes erreicht werden:

1. 75 % Erwerbstätige in der Altersgruppe 20 bis 64 Jahre;
2. 3 % des BIP der EU für Forschung und Entwicklung;
3. 20 oder sogar 30 % weniger Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990, 20 % mehr Energie aus erneuerbaren Quellen und 20 % mehr Energieeffizienz;
4. weniger als 10 % Schulabbrecher, gleichzeitig mindestens 40 % der 30- bis 34-Jährigen mit tertiärem Bildungsabschluss;
5. 20 Millionen Menschen weniger von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

Jedes EU-Land hat eigene, landesspezifische Ziele in all diesen Bereichen definiert, und die politischen Entscheidungsträger auf EU-Ebene haben eine Reihe konkreter Maßnahmen auf EU- und einzelstaatlicher Ebene eingeleitet.

Zudem haben sie die wichtigsten Handlungsebenen definiert, auf denen ihrer Ansicht nach Wachstum und Arbeitsplätze geschaffen werden können. Diese Ebenen werden in sieben „Leitinitiativen“ angesprochen:

- „Innovationsunion“: Sie soll die Bedingungen und den Zugang zu Finanzierungsmitteln für Forschung und Innovation verbessern und sicherstellen, dass innovative Ideen in wachstums- und beschäftigungswirksame Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden können.
- „Jugend in Bewegung“: Das Programm soll unsere Bildungssysteme leistungsfähiger machen und den Jugendlichen den Eintritt in den Arbeitsmarkt erleichtern. Dazu dienen unter anderem EU-finanzierte Studien-, Lern- und Ausbildungsprogramme sowie Plattformen, die jungen Berufstätigen die Arbeitssuche in ganz Europa erleichtern.

- „Eine digitale Agenda für Europa“: Sie dient dem Ausbau des Hochgeschwindigkeitsinternets und der weitmöglichsten Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien.
- „Ressourcenschonendes Europa“: Die Initiative soll dazu beitragen, Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Sie unterstützt den Übergang zur CO₂-armen Wirtschaft, den Einsatz erneuerbarer Energiequellen, die Entwicklung grüner Technologien und eines modernen Verkehrssektors sowie die Energieeffizienz.
- „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“: Vor allem für KMU soll diese Initiative das Geschäftsumfeld verbessern, zum Beispiel durch besseren Zugang zu Krediten und durch Bürokratieabbau. Sie unterstützt außerdem den Aufbau einer starken und nachhaltigen Industriebasis, um auf globaler Ebene innovieren und sich im Wettbewerb behaupten zu können.
- „Eine Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten“: Sie soll die Arbeitsmärkte modernisieren und den Menschen helfen, ihre Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen, um Flexibilität und Sicherheit im Arbeitsumfeld zu verbessern. Um das Angebot an Arbeitskräften besser an die Nachfrage anzupassen, unterstützt sie Arbeitnehmer bei der Jobsuche in ganz Europa.
- „Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut“: Die Plattform gewährleistet sozialen und territorialen Zusammenhalt, indem sie armen und sozial ausgegrenzten Bürgerinnen und Bürgern Zugang zum Arbeitsmarkt und damit eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht.

Auch viele andere EU-Strategien und -Instrumente werden zur Unterstützung von Europa 2020 eingesetzt, zum Beispiel der Binnenmarkt und der EU-Haushalt: Der Binnenmarkt wird in den Schwerpunktbereichen der Strategie Europa 2020 eingesetzt; die EU-Handelspolitik fördert unter anderem stärkere Handelsbeziehungen, die europäischen Unternehmen Zugang zu öffentlichen Aufträgen und Forschungsprogrammen in Drittländern verschaffen.



In ganz Europa soll das Hochgeschwindigkeits-Internet verfügbar sein.

Welchen Ansatz verfolgt die EU?

Koordinierung und finanzielle Unterstützung

Die Krise hat gezeigt, wie eng unsere Volkswirtschaften miteinander verflochten sind. Eine Immobilienblase in einem Land kann sich auf die Nachbarländer, ja sogar auf die gesamte Europäische Union auswirken. Diese verstärkte wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit erfordert gemeinsame Antworten unter Einbeziehung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft. Zusammen werden wir durch die Überwindung der Krise stärker. In einer globalisierten Welt gibt es kein Land, das die Probleme im Alleingang lösen kann. Dies gilt besonders für Europa – Herausforderungen sind am besten auf EU-Ebene zu bewältigen.

Seit Anbeginn der Krise hat sich die Europäische Kommission intensiv für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in den Volkswirtschaften ihrer Mitgliedsländer eingesetzt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die öffentlichen Finanzen eine stabilere Basis erhalten, und die Realwirtschaft muss sich auf einen soliden Finanzsektor stützen können. Überdies sind eine straffere Wirtschaftsführung und Disziplin erforderlich. Grundlegende Strukturreformen in den Mitgliedstaaten sind unumgänglich, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. All dies muss gemeinsam und gleichzeitig erfolgen, um Wirkung zu zeigen.

Enge Koordinierung der Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten

Das „Europäische Semester“ ist der Zeitraum im Jahr, in dem die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftspolitik koordinieren und die Umsetzung der Strategie Europa 2020 durchführen. Es gewährleistet, dass die EU-Länder ihre makroökonomischen, strukturellen und beschäftigungswirksamen politischen Maßnahmen offenlegen, um voneinander zu lernen und Probleme im Vorfeld zu entdecken.

Ziel des Europäischen Semesters ist es, die Koordinierung zwischen der Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten bereits im Planungsstadium zu intensivieren, um Inkohärenz und Ungleichgewichten vorzubeugen. Das „Europäische Semester“ ist eine systematische und gründliche Überprüfung der Wirtschaft in Europa.

Eingeleitet wird es in jedem Jahr mit der Vorlage des Jahreswachstumsberichts durch die Europäische Kommission vor dem Europäischen Parlament und dem Rat. Dieser Bericht bildet die Diskussionsgrundlage für die

Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, wenn sie zum Europäischen Gipfel im März (Frühjahrstagung) zusammenkommen, um die allgemeine Ausrichtung für die Strategie Europa 2020 zu besprechen.

Auf Grundlage der Ergebnisse der Frühjahrstagung muss jeder EU-Mitgliedstaat zwei Programme formulieren: ein nationales Reformprogramm und ein Stabilitäts- oder Konvergenzprogramm. Das nationale Reformprogramm analysiert die Fortschritte des Landes im Hinblick auf die Vorgaben für Europa 2020 und die im darauffolgenden Jahr geplanten Schritte zur Behebung verbleibender Lücken. Im Stabilitäts- und Konvergenzprogramm geht es um die mehrjährigen Haushaltspläne. Beide Dokumente werden der Europäischen Kommission im April zur Bewertung übermittelt.

Bezug nehmend darauf gibt die Kommission länderspezifische Empfehlungen ab, die im Juni vom Europäischen Rat gebilligt werden. Sie betreffen eine breite Vielfalt von Themen, darunter die Lage der öffentlichen Finanzen, die Fähigkeit des Banksektors, die Wirtschaft zu unterstützen, Rentenreformen, Hindernisse für Wachstum und Beschäftigung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Bildungsangeboten. Außerdem geben sie die im Jahreswachstumsbericht aufgezählten Schwerpunkte wieder.

Zwar werden die nationalen Reformprogramme oder die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme von den Mitgliedstaaten auch auf Grundlage der Konsultationen mit nationalen Interessenvertretern vorbereitet, die länderspezifischen Empfehlungen werden jedoch von der EU-Kommission für jeden Mitgliedstaat einzeln erstellt. Diese zielgerichteten und konkreten Empfehlungen dazu, was die Länder in den darauffolgenden 12 bis 18 Monaten erreichen sollen, beruhen auf der von den Mitgliedstaaten eingereichten Analyse der Programme, ergänzt durch bilaterale Treffen zwischen Fachleuten der Kommission und der Mitgliedstaaten.

Für die Mitglieder des Euroraums wurde 2013 eine weitere Stufe der Strategie verwirklicht: Sie müssen im Herbst die Entwürfe ihrer Haushaltspläne der Kommission vorlegen. Diese überprüft dann, ob die Pläne mit den nationalen Reformprogrammen und mit den Stabilitäts- oder Konvergenzplänen übereinstimmen, die vorher von den Mitgliedstaaten vorgelegt worden waren. Vor allem aber müssen sich die Haushaltspläne an den Empfehlungen für die jeweiligen Mitgliedstaaten ausrichten. Schließlich verabschiedet die Kommission eine unabhängige

Stellungnahme zu den Entwürfen für die Haushaltspläne zur Information der nationalen Parlamente, die – in voller Souveränität – über das Haushaltsgesetz abstimmen.

Defizitvermeidung und mehr Haushaltsdisziplin

Die Finanzkrise hat zahlreiche Schwächen in der Verwaltung der Wirtschafts- und Währungsunion der EU ans Licht gebracht. Die Antwort der EU darauf ist ein neues Regelwerk zur besseren wirtschaftspolitischen Steuerung, das 2011 in Kraft trat. Speziell für die Euroländer gelten einige zusätzliche Bestimmungen.

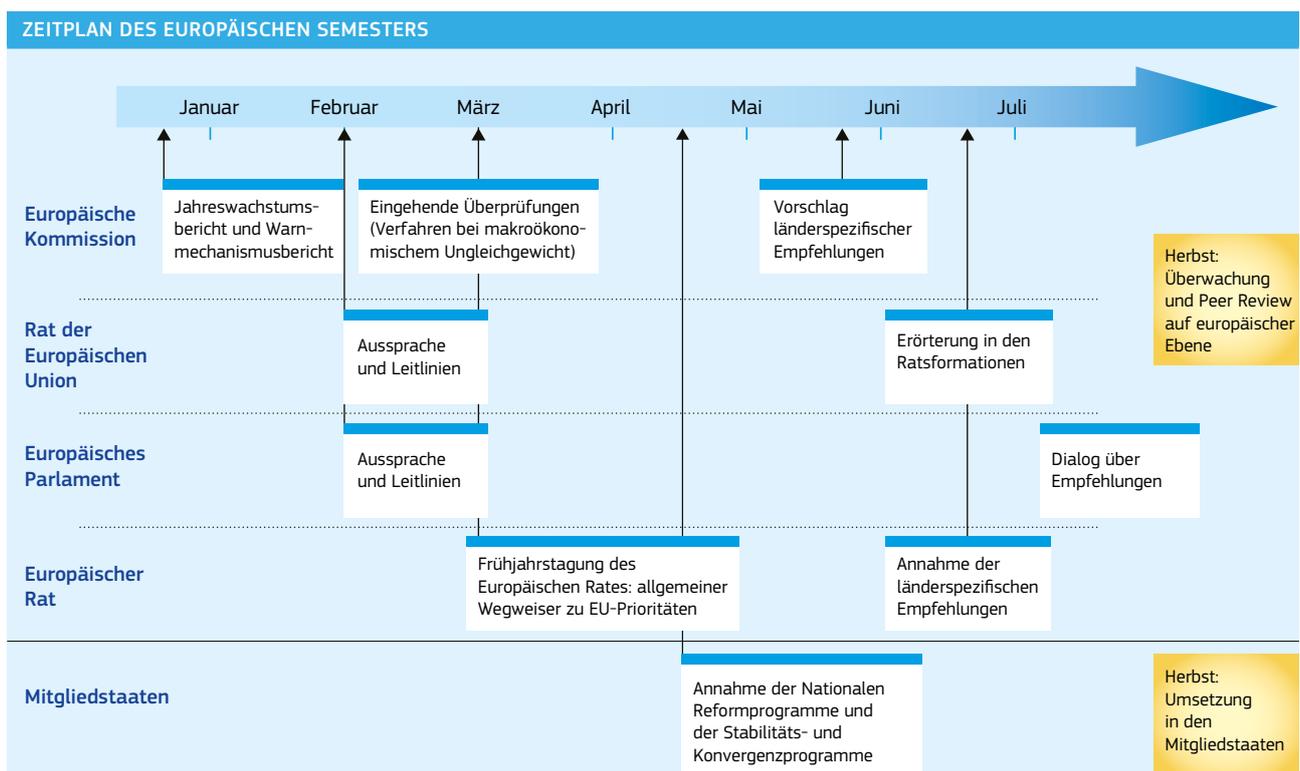
Zu diesen strengeren Regeln gehören Sanktionen für Mitgliedstaaten, die ihre Verpflichtung, ihre Haushalte zu konsolidieren, nicht einhalten. Bei einem übermäßigen Defizit werden Schritt für Schritt finanzielle Sanktionen (lediglich für Länder des Euroraums) verhängt, die bis zu 0,5 % des BIP betragen können.

Überdies vereinbarten 25 EU-Mitgliedstaaten (17 Länder des Euroraums und acht andere Länder) einen neuen zwischenstaatlichen Vertrag (Fiskalpakt), um Haushaltsdisziplin und Konvergenz zu verbessern. Dies ist ein klares politisches Signal dafür, dass die Länder des Euroraums die zur Unterstützung des Euro notwendigen Maßnahmen ergreifen werden.

Makroökonomische Ungleichgewichte vermeiden

Zu den diesbezüglichen Neuregelungen gehört ein Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismus, mithilfe dessen Wettbewerbsschwächen ermittelt und behoben werden sollen. Dies wird „Verfahren bei übermäßigen makroökonomischen Ungleichgewichten“ genannt und soll früher wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen den Staaten aufzeigen, als das in der Vergangenheit möglich war. Die Volkswirtschaften der Mitgliedsländer werden genau überwacht, und potenzielle Probleme werden den EU-Institutionen gemeldet.

Der Mechanismus umfasst einen Anzeiger, der Änderungen in elf Wirtschaftsindikatoren ausweist, z. B. Marktanteile, Arbeitskosten, Schulden im Privatsektor und Preise für Wohnraum. Sind Ungleichgewichte nachweisbar – z. B. Lohnerhöhungen, die nicht einer Steigerung der Produktivität entsprechen, oder rasch steigende Wohnraumpreise –, erhält der betreffende Mitgliedstaat Empfehlungen. Manchmal kann auch ein genauer Fahrplan für den „Wiederausgleich“ der Wirtschaft erforderlich sein. In letzter Instanz können finanzielle Sanktionen für ein Land des Euroraums verhängt werden, falls die erforderlichen Korrekturen nicht ergriffen werden.



Finanzstabilität

In der Krise kamen Zweifel am Vertrauen in den Euroraum auf, auf die prompt reagiert wurde. Euroländer in Schwierigkeiten wurden mit Brandmauern und neuen Finanzmitteln ausgestattet. Mit einem Finanzvolumen von 700 Mrd. € wird der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) über mehr Kapital als jede andere Finanzorganisation der Welt verfügen. Er kann bis zu 500 Mrd. € an Krediten vergeben. Er nahm im September 2012 seine Tätigkeit auf. Durch ihn werden zwei frühere, zeitlich befristete Mechanismen ersetzt, und zwar die Europäische Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) und der Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM).

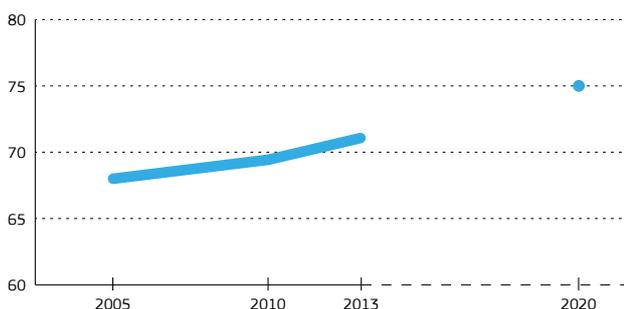
Es wurde prompt reagiert: Liquidität und Kreditvergabekapazität der Banken wurden erhöht und die Regulierung und Überwachung des Finanzsektors der EU verschärft, um künftigen Problemen vorzubeugen.

Wachstum und Beschäftigung

Alle oben aufgeführten Maßnahmen sollen letztendlich ein förderliches Umfeld für Wachstum und Beschäftigung schaffen, denn nur so kann unser heutiger Lebensstil auch künftig finanziert werden. Seit Beginn der Krise fordert die Kommission immer wieder wachstumsfördernde Maßnahmen – das Herzstück der Strategie Europa 2020. Dieses Wachstum benötigt jedoch eine solide Grundlage, weshalb die Kommission sich für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum einsetzt.

Der Europäische Rat vereinbarte einen Pakt für Wachstum und Beschäftigung, der unter anderem durch die höhere Kreditvergabekapazität der Europäischen Investitionsbank mehr Kapital in die Wirtschaft Europas pumpen und den Binnenmarkt vertiefen wird.

BESCHÄFTIGUNGSQUOTE AUF 75 % STEIGERN



Anteil der 20- bis 64-Jährigen an der erwerbstätigen Bevölkerung

Europa 2020 finanzieren

Alle Maßnahmen der EU werden durch ihren Haushalt gedeckt, der heute mehr denn je das Wirtschaftswachstum zum Schwerpunkt hat. Dies gilt auch für den Haushaltsentwurf der EU für den Zeitraum 2014-2020. Vor allem die an die Mitgliedstaaten vergebenen Strukturfondsmittel unterstützen Reformen und schaffen Arbeitsplätze.

Der EU-Haushalt dient in allen Mitgliedstaaten gemeinsamen Anliegen, z. B. Wachstumssteigerung, Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa und Stärkung des Einflusses der EU in der Welt. Der EU-Haushalt soll nicht Dinge finanzieren, die bereits durch die Haushalte der einzelnen Länder abgedeckt sind, sondern sich auf die Bereiche konzentrieren, in denen europäische Mittel einen wirklichen Mehrwert erbringen. Er soll Vorhaben finanzieren, die aus den nationalen Haushalten gar nicht oder nur zu höheren Kosten geschultert werden könnten.

Breite Beteiligung

Das Europäische Parlament spielt beispielsweise eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung nationaler Parlamente, ihren Beitrag zu leisten. Auf Grundlage der neuen Bestimmungen zur wirtschaftspolitischen Steuerung kann das Europäische Parlament mit dem Rat und der Kommission einen wirtschaftspolitischen Dialog führen.

Konkret bedeutet dies, dass das Parlament die Vorschläge und Entscheidungen der beiden Institutionen prüfen und Antworten auf seine Fragen verlangen kann. Dadurch wird der Prozess transparenter, und Rat und Kommission müssen genauer Rechenschaft ablegen.

Alle Bereiche der Gesellschaft müssen in die Strategie Europa 2020 einbezogen werden: Unternehmen, Gewerkschaften, NRO und alle Bürgerinnen und Bürger. Um dies zu verwirklichen, hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss einen Lenkungsausschuss zur Europa-2020-Strategie ins Leben gerufen, mit umfassenden Netzen für Organisationen der Zivilgesellschaft in ganz Europa. Der Ausschuss der Regionen seinerseits sorgt mit seiner Europa-2020-Monitoringplattform dafür, dass regionale und lokale Behörden einbezogen werden. Beide Ausschüsse legen Stellungnahmen vor, die während der Frühjahrstagung des Europäischen Rates erörtert werden. Doch ein großer Teil der Strategie findet auf lokaler und regionaler Ebene in den einzelnen EU-Ländern statt. Dazu gehören lokale und regionale Behörden, Sozialpartner und die Zivilgesellschaft.

Errungenschaften der EU

Zielgerichtete Initiativen

Durch eine erfolgreiche Umsetzung der Ziele von Europa 2020 kann das Wachstumspotenzial in den EU-Ländern gesteigert werden. Die Ziele geben die Richtung vor; jeder EU-Mitgliedstaat setzt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten ein, in Schlüsselbereichen Fortschritte zu erzielen.

Europa hat immer am besten funktioniert, wenn es zusammengehalten hat; zahlreiche Beispiele belegen den Wert gemeinsamen Einsatzes: In den 1970er-Jahren gründeten vier europäische Länder den Flugzeughersteller Airbus, der heute mit über 50 000 Beschäftigten zu den Weltmarktführern gehört.

Das Satellitennavigationssystem Europas, Galileo, wird genauere Daten liefern können als das GPS der Vereinigten Staaten oder Russlands Glonass. Es soll 2019 seinen Betrieb aufnehmen, sobald alle Satelliten in ihre Umlaufbahn gebracht wurden.

Die Europäische Investitionsbank (EIB) beteiligt sich an der Finanzierung der größten Windparks der Welt. Die Windparks Thanet und Walney im Vereinigten Königreich produzieren gemeinsam über 600 MW und versorgen ungefähr 500 000 Wohneinheiten vor Ort mit Strom – ein beeindruckendes Beispiel für den Ausbau erneuerbarer Energiequellen in Europa.

Diese und andere Projekte wurden durch enge europäische Zusammenarbeit in allen Bereichen möglich. Im Rahmen der Leitinitiativen von Europa 2020 können noch viel mehr solcher Projekte Wirklichkeit werden.

Erste Schritte

Die Durchführung der Leitinitiativen von Europa 2020 hat bereits begonnen. Insgesamt sind die Fortschritte zufriedenstellend. Im Rahmen jeder Initiative wurden bereits wichtige Aktionen abgeschlossen. Einige Beispiele:

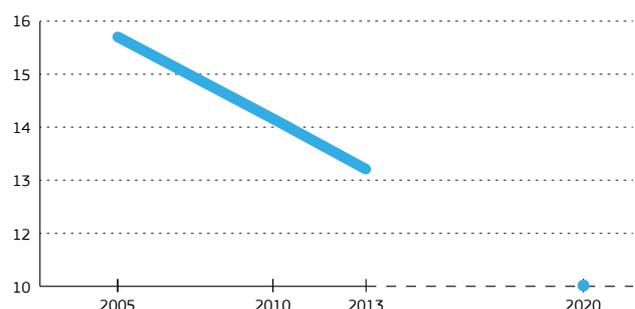
Europa 2020 für junge Menschen

Jahr für Jahr verlassen 6 Millionen junge Menschen in Europa die Schule mit lediglich einem unteren Sekundarstufenabschluss – und oft nicht einmal das. Diesen derzeit 14 % der 18- bis 24-Jährigen droht häufig die Arbeitslosigkeit.

Die Europäische Kommission versucht deshalb, die Anzahl der Hochschulabsolventen zu erhöhen, die Qualität der Lehre zu verbessern und den positiven Einfluss der Universitäten auf die Wirtschaftskraft der EU nach der Krise zu stärken. Ihre Strategie zeigt Bereiche auf, in denen die Mitgliedstaaten mehr für das Erreichen der gemeinsamen Bildungsziele tun müssen, und erläutert, wie die EU die Länder bei ihrer Modernisierungspolitik unterstützen kann. Zu den EU-Initiativen gehört ein mehrdimensionales Hochschulranking, mithilfe dessen Studierende sich darüber informieren können, welche Kurse für sie am besten geeignet sind.

Erasmus, das Austauschprogramm für Studierende, hat seit seiner Gründung 1987 3 Millionen Studienaustausche finanziell unterstützt. Die Kommission hat ein neues Programm vorgeschlagen: „Erasmus für alle“. Im Zeitraum 2014–2020 soll es bis zu 5 Millionen Menschen ermöglichen, EU-Stipendien für ein Studium, eine Ausbildung oder eine freiwillige Tätigkeit im Ausland zu erhalten. Das sind fast doppelt so viele wie derzeit. Überdies wird eine Garantiefazilität für Studiendarlehen eingerichtet – „Erasmus für Master“ –, um es Studierenden zu ermöglichen, ein vollständiges Masterprogramm in einem anderen EU-Land zu absolvieren.

WENIGER ALS 10% SCHULABBRECHER



Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die höchstens die Sekundarstufe I abgeschlossen haben und an keiner allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahme teilnehmen



Es ist gut für die Wirtschaft, wenn mehr Menschen in anderen Ländern der EU studieren oder arbeiten.

Ferner wurden besondere Initiativen für den Stellenmarkt entwickelt. Sensibilisierungskampagnen sollen die Nachfrage kleiner und mittlerer Unternehmen nach jüngeren Arbeitnehmern erhöhen und die Kontaktaufnahme erleichtern. Zusätzlich hat die Kommission vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten und die EU den Europäischen Sozialfonds (ESF) verstärkt für die Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit einsetzen, vor allem beim Übergang von der Schule ins Arbeitsleben und durch Unterstützung der Arbeitsmarktmobilität junger Menschen.

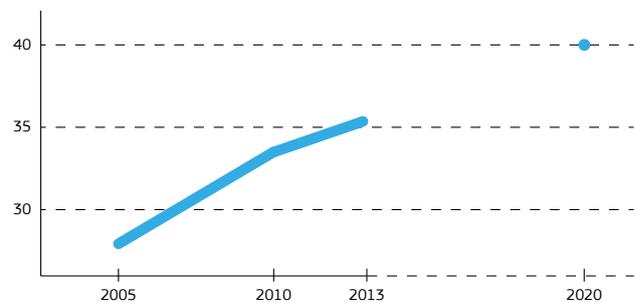
In der Praxis bedeutet das: „Dein erster EURES-Arbeitsplatz“

Das Programm „Dein erster EURES-Arbeitsplatz“ unterstützt junge Menschen dabei, offene Stellen in der gesamten EU zu finden. Die Initiative stützt sich auf die nationalen Arbeitsagenturen, die junge Arbeitssuchende und Unternehmen, die im europäischen Ausland Personal anwerben möchten, mit Informationen zu Arbeitssuche, Einstellungsverfahren und Finanzierungsmöglichkeiten versorgen. Es unterstützt Arbeitssuchende bei der Abstimmung von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage und durch Zuschüsse für die Reisekosten für ein Vorstellungsgespräch oder für den Umzug beim Jobantritt. Die Arbeitgeber erhalten ihrerseits Hilfe bei der Suche nach geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) können auch finanzielle Unterstützung für die Ausbildungskosten der neuen Mitarbeiter und die Erleichterung deren Eingliederung erhalten.

Europa 2020 und der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung

In der EU sind mehr als 80 Millionen Menschen von Armut bedroht. Dazu gehören 20 Millionen Kinder und 8 % der erwerbstätigen Bevölkerung. Angesichts dieser unhaltbaren Situation sind im Rahmen der Leitinitiative „Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ Maßnahmen zur Verwirklichung des EU-Ziels vorgesehen, die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen bis 2020 um mindestens 20 Millionen zu senken. Auch wenn für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung hauptsächlich die nationalen Regierungen zuständig sind, kann die EU eine Koordinierungsrolle spielen, z. B. durch Ermittlung empfehlenswerter Verfahren, Förderung des gegenseitigen Lernens, Schaffung EU-weiter Regeln und finanzielle Hilfen. Hauptziele sind verbesserter Zugang zur Beschäftigung, soziale Sicherheit, Bildung sowie grundlegende Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung und Wohnraum. Weitere wichtige Ziele sind die bessere Nutzung der EU-Mittel zur Unterstützung sozialer Integration und zur Bekämpfung von Diskriminierung, soziale Innovation bei der Entwicklung intelligenter Lösungen und der Aufbau neuer Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor.

40 % DER 30- BIS 34-JÄHRIGEN MIT HOCHSCHULABSCHLUSS



Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit Hochschulabschluss oder gleichwertiger Qualifikation

Europa 2020 und Innovation

Die Leitinitiative „Innovationsunion“ soll für noch bessere Verbindungen zwischen Forschung, Innovation und der Schaffung von Arbeitsplätzen sorgen, was für eine rasche Erholung von der derzeitigen Wirtschaftskrise unerlässlich ist. Jeder in die Forschung in der EU investierte Euro führt zu einer wirtschaftlichen Mehrwertsteigerung von 7 bis 14 €, und wenn bis 2020 3 % des Bruttoinlandsprodukts der EU für Forschung und Entwicklung aufgewandt werden, könnten bis 2025 3,7 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, und das BIP könnte um fast 800 Mrd. € steigen.



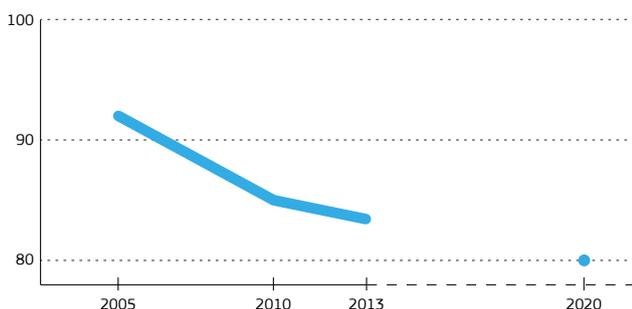
© iStockphoto.com

EU-Finanzierung verbessert die Forschungs- und Innovationsmöglichkeiten.

Im Jahr 2012 wurde das EU-Patent eingeführt, mit dem Unternehmen und Erfinder bis zu 80 % der Kosten einer Patentierung einsparen können. Nunmehr brauchen Erfinder nur noch eine einzige Patentanmeldung für ganz Europa einzureichen anstatt einzeln für jedes EU-Land. Diese Regelung gilt für die 25 EU-Mitgliedstaaten, die im Rahmen des Verfahrens der verstärkten Zusammenarbeit diesem Vorschlag zugestimmt haben. Früher kostete der Patentschutz für jedes einzelne EU-Land bis zu 36 000 €. Nach Annahme des Abkommens zum europäischen Patent könnten die Kosten langfristig auf lediglich 680 € sinken.

Die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank haben eine neue Garantiefazilität für innovative KMU geschaffen, die diesen den Zugang zu Bankkrediten erleichtern soll. Damit dürften bis Ende 2013 weitere 6 Mrd. € an Krediten zugänglich werden, darunter bis zu 1,2 Mrd. € für KMU und bis zu 300 Mio. € für Forschungsinfrastruktur.

20 % WENIGER TREIBHAUSGASEMISSIONEN ALS 1990



In der Praxis bedeutet das: innovative Lösungen

Als erstes Pilotprojekt einer künftigen Serie europäischer Innovationspartnerschaften wurde 2012 „Aktives und gesundes Altern“ ins Leben gerufen. Solche Partnerschaften sollen jeweils in einem bestimmten Bereich – hier: gesundes Altern – innovationsorientierte Akteure mobilisieren, um Lösungen für die Herausforderungen der Gesellschaft zu finden. Zu den weiteren Innovationspartnerschaften gehören „Wassereffizienz“ und „intelligente Städte“.

Ein digitales Europa

In der digitalen Agenda werden Aspekte angesprochen, die für die moderne Wirtschaft entscheidend sind: Zugang zum Hochgeschwindigkeitsinternet und zu digitalen Inhalten, Sicherheit im Netz, effizientere elektronische Verwaltungsdienstleistungen und neuartige Gesundheitsdienste, die das Leben aller Bürgerinnen und Bürger erleichtern. Dabei muss gewährleistet sein, dass alle Nutzer über ausreichende Fähigkeiten verfügen, um auch von der technologischen Revolution zu profitieren. Das EU-Forschungs- und Innovationsprogramm „Future Internet Public-Private Partnership“ (FI-PPP, öffentlich-private Partnerschaft für das Internet der Zukunft) soll die Wettbewerbsfähigkeit Europas in den Bereichen zukunftsfähige Internettechnologien sowie intelligente Dienste und Anwendungen stärken. Ziel dieser Partnerschaft ist außerdem die Unterstützung von Unternehmen und staatlichen Stellen bei der Entwicklung neuer Internetlösungen auf Basis komplexer Onlinedaten, um Infrastrukturen und Geschäftsabläufe noch intelligenter zu gestalten.

Digitale Arbeitsgeräte machen die medizinische Versorgung in Europa effizienter, z. B. wenn die Patienten Zugang zu all ihren Daten haben und ihre Ärzte auch aus der Ferne erreichen können.



© iStockphoto.com

**In der Praxis bedeutet das:
sicheres Internet**

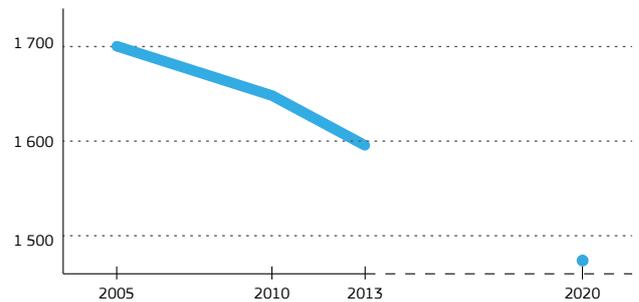
Ein weiteres Ziel der Leitinitiative „digitales Europa“ ist es, das Internet sicherer für Kinder zu machen. Spitzenunternehmen aus Technologie und Medien haben sich zusammengeschlossen, damit das Internet künftig weniger Gefahren für Kinder birgt.

Die Europäische Kommission legte einen Vorschlag vor, mit dem die veralteten Regelungen zur Besteuerung von Energieerzeugnissen in der Europäischen Union überholt werden sollen. Aktuelle Unstimmigkeiten sollen beseitigt und dabei sowohl CO₂-Emissionen als auch der Energiegehalt solcher Erzeugnisse berücksichtigt werden. Außerdem sollen Energieeffizienz und Nutzung umweltfreundlicherer Produkte gefördert und Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt vermieden werden.

Steigerung der Ressourceneffizienz

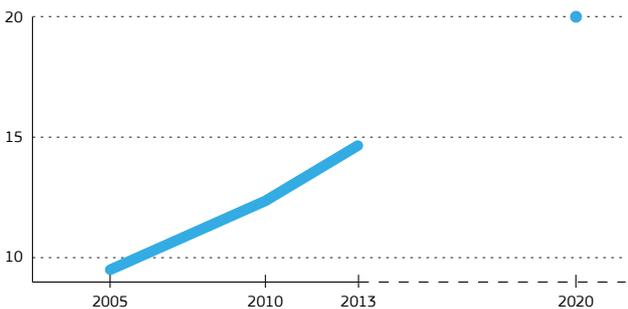
Die Leitinitiative Europa 2020 für ein ressourcenschonendes Europa verdeutlicht, wie dringend notwendig es ist, natürliche Ressourcen effizienter zu nutzen. Dies gilt für Verbraucher und Produzenten in Bereichen wie Energie, Verkehr, Klima, Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei und Regionalpolitik.

ENERGIEEFFIZIENZ UM 20% STEIGERN



Verbrauch von Primärenergie in Millionen Tonnen Rohöläquivalent

ÜBER 20% DES ENERGIEBEDARFS AUS ERNEUERBAREN QUELLEN

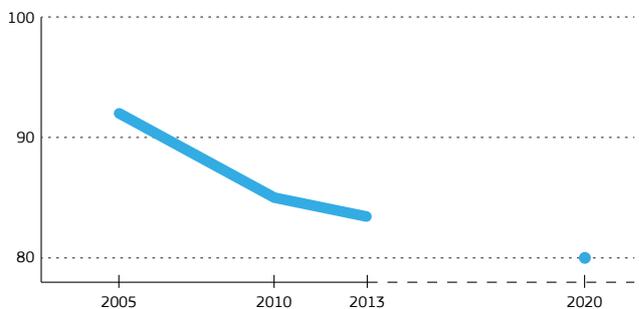


Anteil der erneuerbaren Energie am Bruttoenergieverbrauch

Industriepolitik

Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit Europas ist die rasche Entwicklung gemeinsamer Industrienormen, die zu Kosteneinsparungen und Vorteilen für Unternehmer und Verbraucher führen werden. Im Hinblick auf dieses Ziel schlug die Kommission eine Reihe legislativer und sonstiger Maßnahmen zur rascheren Entwicklung neuer Normen vor.

20% WENIGER TREIBHAUSGASEMISSIONEN ALS 1990



Emissionen 1990 = 100

2020 sollen 20% der Energie Europas aus erneuerbaren Quellen stammen.



© Stockphoto.com

Zukunftsperspektiven

Arbeitsplätze und integratives Wachstum

Die Überwachung der Strategie Europa 2020 erfolgt im Rahmen des Europäischen Semesters. Dazu gehört die Überwachung der makroökonomischen Gesamtsituation, der Fortschritte bei der Verwirklichung der fünf Kernziele auf Jahresbasis sowie der Fortschritte in Bezug auf die sieben Leitinitiativen.

Es wurden EU-weit beträchtliche Anstrengungen unternommen, und in mehreren Ländern wurden bereits Reformen eingeleitet. Doch obwohl deutliche Fortschritte bei der haushaltspolitischen Konsolidierung gemacht wurden, sind die wachstumsfördernden Maßnahmen im Rückstand, zum Beispiel in den Bereichen Steuer- und Rentenreform, Reform des Arbeitsmarkts und Öffnung der Dienstleistungs- und Einzelhandelssektoren.

Einmal vollständig umgesetzt, wird die Strategie Europa 2020 Europa zu intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum verhelfen: Es werden Arbeitsplätze bei gleichzeitiger sozialer Integration entstehen, Arbeitnehmer werden die für ihre Weiterentwicklung erforderlichen

Kenntnisse erwerben, und die europäische Wirtschaft wird weltweit ihre Chancen nutzen können. Die Strategie Europa 2020 wird darüber hinaus ein günstiges Umfeld für eine ressourceneffiziente, umweltfreundliche und wettbewerbsfähige Wirtschaft schaffen – für ein Europa, das auf nachhaltiges Wachstum baut.

Am 5. März 2014 nahm die Kommission die Mitteilung „Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ an. Der Europäische Rat führte am 20./21. März 2014 eine erste Beratung über die Umsetzung der Strategie durch. In ihrer öffentlichen Konsultation vom 5. Mai 2014 bis zum 31. Oktober 2014 rief die Kommission alle interessierten Kreise zur Stellungnahme auf. Im Anschluss daran wird sie Anfang 2015 Vorschläge unterbreiten, wie die Strategie künftig ausgestaltet werden sollte. Die Überprüfung der Strategie wird auf der nächsten Frühjahrstagung des Europäischen Rates im März 2015 erörtert.

Mehr zum Thema

- **Website der Europäischen Kommission mit allen Informationen über Europa 2020:**
http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm

